

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Gegen den Unheilsfrieden.

Einmütigkeit der Nationalversammlung, ausschließlich der unabhängigen Sozialdemokratie.

Vorerst nur 100 Milliarden. — Amerikanische Zweifel. — Befehung von Leipzig: Ausstandversuche. — Rückzug aus Lettland. — Ostpreußens deutscher Volksrat.

Annehmen oder ablehnen?

Von Prof. Dr. Hermann Rosen, M. d. R.

(Nachdruck verboten.)

Mit furchtbarster Wucht lasten die Ereignisse der letzten Tage auf unserem Volk. Volk und ganz empfinden wir, daß der Entwurf, den unsere Feinde uns vorgelegt haben, eine Ausgeburt zügellosen Hasses, unbeherrschter Rachgier und zugleich doch auch der Furcht vor dem sterbenden Löwen ist. In den martervollen letzten Wochen und Monaten haben wir freilich so zahllose Stimmen aus dem Lager unserer Gegner gehört, die alles das, was wir jetzt vernehmen und noch manches dazu, uns zumuten wollten, daß von einer eigentlichen Ueberrumpfung heute kaum mehr die Rede sein kann, wenn auch unzählige unter uns noch immer an einen Sieg der Vernunft und des Rechts bis zur letzten Stunde glauben wollten. Es ist darum auch nicht als irato gehandelt, sondern das Produkt langer Ueberlegungen, wenn wir den vorliegenden Bedingungen ein „Annehmen“ entgegen-

setzen. Die Bedingungen erscheinen uns gleich unannehmbar, mögen wir, um nur das Wichtigste herauszugreifen, die territorialen, die wirtschaftlichen oder die allgemeinerpolitischen Forderungen unserer Gegner ins Auge fassen. Mit dem Verlust von Ostpreußen hat das besiegte Deutschland sich seit langem abfinden müssen. Bei all den anderen zahlreichen territorialen Forderungen dürfen wir uns mehr oder minder vergeblich fühlen. Das gilt von dem Schmalen, nur notwendig verhältnißmäßig Raub des Saargebietes, wie vor allem von der Zerstückelung unseres Staatskörpers im Osten. Auch wenn oder gerade wenn wir ehrlieh die Wilsonnote vom 8. Januar und die späteren Neußerungen des Präsidenten zu Grunde legen, haben wir ein Recht zu sagen, daß von Oberschlesien und West- und Ostpreußen kein Anrecht abgetreten werden darf und vom Posener Land uns zum mindesten jene erheblichen Stücke verbleiben müssen, die ethnographisch überwiegend deutsch sind, wie ja die ganze Provinz in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung unzweifelhaft als deutsches Land zu werten ist. Was die Gebiete, die uns abgenommen werden sollen, in ihrer Gesamtheit für unsere Volkswirtschaft bedeuten, das Saargebiet und Oberschlesien für Handel und Industrie, Posener und Westpreußen vor allem für unsere Volksernährung, das ist ja in den letzten Monaten immer wieder nachdrücklich dem deutschen Volke ins Bewußtsein gebracht worden. Wenn es letzten Endes der Hunger war, der uns auf die Knie gezwungen hat, dann müssen wir schon heute erkennen, daß unsere Gegner uns nach dem Verlust der Ostprovinzen noch lange Zeit durch ihre brutale Protektorialpolitik vergeblich können, bis die zu erwartende Zurückbildung des verbleibenden Deutschlands in einen Agrarstaat hinreichend fortgeschritten ist.

Von den wirtschaftlichen Forderungen brauche ich lediglich an die Auslieferung unserer Handelsflotte und die mit raffinierterem Haß angelegelten finanziellen Bedingungen zu erinnern, um auch auf diesem Gebiet das Unannehmbar und das Unannehmbar deutlich zu machen. Auch der Verlust unserer Kolonien und die Form, in der er uns zugemutet wird, müssen in diesem Zusammenhang Erwähnung finden. Nicht minder unerträglich als die territorialen und wirtschaftlichen Forderungen sind aber auch die allgemein politischen, unter denen ich nicht zuletzt die moralischen Fragen rechnen möchte, vor allem die Art und Weise, wie der Völkervertrag, den unsere Gegner so oft auf den Lippen geführt haben, zur unentzerrlichen Frage berührt wird. Es hätte nahe liegen können, angeht es sich um Bedingungen von vornehmlich Völkerverhandlungen überhand abzugeben und unsere Unterhändler zurückzurufen. Das war schon deshalb unverantwortlich gewesen, weil der Weg der Verhandlungen und damit das Vorhandensein eines von den ersten Bedingungen abweichenden Programms uns durch die Gegner selber zweifelhaft gemacht ist. Wir wollen uns über die Aussichten der Verhandlungen freilich keinen Illusionen hingeben und mit ruhiger Sachlichkeit dem Programm unserer Gegner unser eigenes entgegenzusetzen, das mit dem wahren Geist der Wilsonschen Punkte, die allein für uns die Basis bilden können, vereinbar ist.

Wenn wir ein gewisses Maß von Engegenkommen immerhin erwarten dürfen, so möchte ich diese Erwartung nicht zuletzt mit der allgemeinen Kriegsmüdigkeit auch in den Ländern unserer Gegner, mit der unüberwindlichen Sorge vor dem Völkervertrag und, soweit es vor allem Amerika betrifft, mit dessen kaufmännischen Interessen begründen. Aber auch das Weltgewissen angeht, das uns zugemuteten brutalen Völkervertrag doch die Pflicht erwachen und die Opposition in den Ländern unserer Gegner sich regen wird, namentlich die internationale Arbeiterschaft, ist doch immerhin anzunehmen. Diese Wirkung wird aber wesentlich abhängen von der Haltung unserer eigenen Bevölkerung und Regierung. Wir wollen hoffen, daß die erschreckenden Zeichen materieller und moralischer Zermürbung, die unser Land beim Ende des furchtbarsten aller Kriege aufweist, in dieser für uns und unter Schwere schwerster Stunde zurücktreten möchten vor einem einmütigen Aufgehren dieses gequälten, einst so stolzen und leistungsfähigen Volkes. Die Entschlüsse der Parteien und der Regierung werden nur dann Nachdruck haben, wenn sie einen Widerhall finden im deutschen Volk. In bedeutungsvoller Geschlossenheit ist die erste Stellungnahme des Friedensausschusses der Nationalversammlung erfolgt. Es bleibt uns innigste zu wünschen, daß vor allem die Koalitionsparteien, die die Regierung bilden, auch weiterhin auf dem Wege der Verhandlungen, den wir nunmehr betreten, zusammengehen. Die Deutsche demokratische Partei ist sich von vornherein bewußt, daß eine große Verantwortung gerade auf ihren Schultern ruht, daß sie nach Lage der Dinge vielmehr dazu berufen ist, die Führung bei diesen Verhandlungen und bei der Formulierung der Gegenforderungen zu übernehmen. Daß sie dazu entschlossen ist, mit Nachdruck und Stärke dem Unannehmbar der jetzigen Bedingungen ein eigenes positives Programm entgegenzusetzen, darüber wird unseren Freunden im Lande bald Näheres bekannt werden. Wir appellieren an das Vertrauen dieser unserer Freunde. Es muß jetzt vergessen sein, was immer sich an Kritik über die Haltung der Partei in der Nationalversammlung gesagt hat. Es ist jetzt nicht die Stunde, zu erklären, warum dies oder jenes geschehen mußte. Es bei Verhandlungen den Erfolg haben werden, die Minimal-

forderungen unserer Gegner unseren Gegenforderungen soweit anzunähern, daß wir einen Frieden unterzeichnen können, vermag heute noch niemand zu sagen. Aber es ist über jeden Zweifel erhaben, daß auch nur die Möglichkeit eines Ausweges nicht außer acht gelassen werden darf. Die souveräne Nationalversammlung fühlt mit voller Schwere die ungeheure Verantwortung, die ihr mit der Annahme oder Ablehnung des Friedens zugewiesen ist. Sie hat darum auch ein Recht zu verlangen, daß das Volk nunmehr vertrauensvoll auf seine Erwählten in dieser ersten Stunde blickt, und daß es — kommt der Augenblick der Entscheidung —, alle Not und allen Zwist vergebend, hinter uns steht.

Wenn die Bedingungen auf dem Wege der Verhandlungen nicht in ganz wesentlichen Punkten zu unseren Gunsten abgeändert werden, dann gibt es für die Deutsche demokratische Partei keinen Zweifel, wie sie sich zu entscheiden hat. Die nationale Ehre ebensowohl wie die notwendigen materiellen Rücksichten auf die Lage und die Not unseres Reiches und Volkes werden dann die Ablehnung rechtfertigen. Wir sind uns bewußt, daß der völlige Zusammenbruch uns sicher ist, ob wir solche Bedingungen annehmen oder ob wir sie ablehnen. Aber sicher ist uns nicht minder, daß unser Sturm die Welt in ihren Grundfesten erschüttern muß, und daß die Folgen ihres verblutenden Tuns sich mit der furchtbaren Logik, die den großen Weltgeschehnissen innewohnt, rasch und vernichtend auch gegen die Sieger von heute wenden werden.

Der Protest der Nationalversammlung.

In der Protektion der Nationalversammlung im großen Festsaal der Berliner Universität geden, wie gemeldet, die Ministerpräsidenten Scheidemann und Hirsch Regierungserklärungen gegen den Völkervertrag ab. Aus der Besprechung übermittelte der Draht uns bis zum Redaktionsschluss des Morgenblattes die Auszüge aus der Stellungnahme der Mehrheitssozialisten, für die der Abg. Müller-Breslau sprach, und des Zentrums, Abg. Gröber führte am Schluss seiner Darlegungen aus:

Es handelt sich bei diesem Friedensschluß nicht nur um das Schicksal Deutschlands, sondern um die schwersten Nachteile für die ganze Kulturwelt. Gegen die drohende Gewalt wird deshalb nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Menschheit, soweit sie sich noch ein freies Urteil bewahrt hat, entschlossen Protest einlegen. (Beifall.)

Abg. Frau John-Schuch (Soz.): Wir hoffen nicht auf die Gnade der Entente, aber wir glauben an die Gerechtigkeit der Völker, die von innen heraus einen Frieden schaffen werden auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons. Der Friedensvertrag, der uns jetzt vorgelegt wird, nimmt unseren Frauen und Müttern jede Hoffnung, daß unsere Kinder einst ein besseres Leben führen könnten als wir heute. Die Zurückhaltung unserer Gefangenen ist die furchtbarste Grausamkeit. Wir wollen nicht, daß die Menschheit noch einmal durch dieses furchtbare Meer von Blut gehen muß. Darum fordern wir im Namen der Menschlichkeit, daß Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkervertrag aufgenommen wird. Wir fordern unsere Schwedern in der ganzen Welt auf, daß sie mit uns einstimmen in den Protest gegen diesen Friedensvorschlag, der die Verklammerung von vielen hunderttausend Menschen bedeutet wird. (Beifall.)

Abg. Barkmann (Demokr.): Wir haben es angeht die Verpflichtung vom 5. November in der Tat mit einem Wortbruch zu tun. Hätte unser Heer, hätten unsere Arbeiter am 5. und 9. November gewußt, daß der Frieden so aussehen würde, das Heer hätte die Waffen nicht niedergelegt. Alles hätte ausgefallen. Natürlich wird dieser Gewalt der Mantel des Rechtes umgehängt. Wir sind wehrlos, aber nicht ehrlos. Dieser Vertrag ist für meine Freunde unannehmbar. Das ist unsere einmütige Auffassung.

Komme, was kommen mag, es kann nicht schlimmer kommen, als was die Selbstauflegung dieses Volkes für uns bedeuten würde.

(Wiederholter stürmischer Beifall.) Am 15. Januar habe ich einem hohen angesehenen Engländer erklärt, daß deutsche Parlamentarier bereit seien, mit englischen Parlamentariern zu verhandeln, wenn Männer erdienen würden wie Lord Balfour, Lord Lansdowne und Lord Salisbury. Mit diesen zu verhandeln bereit sein der Abgeordnete Fehrenbach, der damals noch nicht Präsident der Nationalversammlung war, der Abgeordnete Ebert, damals noch nicht Reichspräsident, und der Abgeordnete Haußmann namens der Mehrheit des deutschen Reichstages. Diese Mitteilung ist nach England telegraphiert worden, aber noch heute habe ich darauf keine Antwort erhalten. (Beifall.) Der Friedensvertrag ist und bleibt unannehmbar. (Beifall und Handklatschen.)

Abg. Witta (Br.): Was Oberschlesien kulturell und wirtschaftlich geworden ist, verankert es der Zugehörigkeit zum Reich. Es muß auch in Zukunft deutsch bleiben.

Abg. Graf v. Rosenow (Deutschn.): Welcher Gegensatz liegt zwischen den Worten des Präsidenten Wilson und seinen Taten. Ich glaube, man kann die ganze diplomatische Geschichte der Welt zurückwischen und man wird kein Wort finden, wo zwischen den erhabenen Gebanten des Völkervertrages, des Völkervertrages, der Selbstbestimmung und den nachfolgenden Taten ein so krasser Gegensatz besteht wie im vorliegenden Falle. Man will uns nicht nur wirtschaftlich töten, sondern man will uns die Ehre nehmen. Der ehemalige deutsche Kaiser und die übrigen, deren Auslieferung man verlangt, sind deutsche Staatsbürger und haben ihre Handlungen in Gebieten begangen, die unter deutschem Recht stehen. Ihre Auslieferung an ein holländisches Gericht ist also eine staatsrechtliche Unmöglichkeit. Keiner der Ehrengeliebten im Leibe hat, kann diese Verordnung annehmen, die uns der Verachtung der ganzen Welt preisgeben müßte. Die Feinde läen Rache und aus dieser Saat werden uns Rächer erstehen. Es wird der Tag kommen, wo Deutschland aus der Finsternis zum neuen Licht ersteht. (Beifall.)

Abg. Blund (Demokr.): Schleswig-Holstein leide gegen die von der Entente verlangte Abtretung für die südbaltischen Gebiete allerhöchste Verwahrung ein.

Abg. Schulz-Wechsungen (Deutschn.): Wir erklären, daß der Friedensvertrag für die Provinz Posen unannehmbar und für alle Zeiten unannehmbar ist. (Beifall.)

Abg. Dr. Stresemann (Dt. Vp.): Wir sollen politisch, militärisch und wirtschaftlich vernichtet werden und das soll vereinbar sein mit den Wilsonschen Grundfäden. Wird dieser Friedensvertrag nicht abgeändert, so wird er der größte Weltbetrug, den es je gegeben hat. Wir

schließen uns den bisherigen Rednern an. Die Auslieferung des Kaisers wäre juristisch und tatsächlich unmöglich, wenn sich das deutsche Volk nicht auf die Dauer erlösen erweisen will. Deutschland soll zerstückelt, soll machtlos, rechtlos und ehrlos auf ewige Zeiten sein, soll Kronarbeit für andere Mächte leisten. Dem leben wir ein entschiedenes „Nein“ entgegen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Baase (Unabh. Soz.): Die Friedensbedingungen stehen in scharfem Widerspruch zu den Grundfäden, die wir stets für den Frieden aufgestellt haben. Wir erheben daher härtesten Protest. Wir verurteilen es entschieden, wenn die Entente das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes schmachvoll verlegt. Wir verlangen, daß überall der Wille der Bevölkerung entschieden. Das gilt auch für die Forderung der Deutsch-Ostpreußen, zum Reich zu kommen. Die wirtschaftlichen Forderungen des Vertrages sind so hart, daß die Bevölkerung nicht abzugeben ist, unser Volk könnte unter diesem Druck zusammenbrechen. Zum Teil sind sie sogar unannehmbar. Unsere Aufgabe kann es nur ein, bei aller Unterstützung über den uns zugemuteten Frieden törichte Taten zu verhindern, durch die das Volk noch tiefer in das Verderben hineingerissen würde. Für unser Volk ist der Frieden einfach unannehmbar. Es braucht ihn, um leben zu können. In verschiedenen Zeitungen ist uns für den Fall einer Regierungskrise zugemutet worden, den Frieden formell zum Abschluss zu bringen. Meine Fraktion lehnt diese Aufgabe ab. Wir freuen uns, daß die Sozialisten aller anderen Länder mit der größten Entschiedenheit in dieser Frage ihre eigene Regierung bekämpfen. Ob sie schon jetzt damit Erfolg haben werden, ist sehr zweifelhaft. Aber die Weltrevolution ist auf dem Marsche. Sie wird die Menschheit befreien und wird auch den Frieden, der uns jetzt aufgezwungen werden soll, annullieren. Die Regierung fordert das Volk auf, sich um sie zu kümmern. Es gehört eine starke Führung dazu, diese Aufforderung in einem Augenblick zu erlassen, in dem das deutsche Proletariat von derselben Regierung in einer Weise provoziert wird, wie es vordem noch niemals der Fall gewesen ist.

Frau Weber (Christl. Volkspartei): Ich spreche im Namen des besetzten Gebietes. Wir wollen für Deutschland den Frieden und für die Welt den Völkervertrag. Deutschland geht nicht unter. (Beifall.)

Abg. Schäfer (Soz.): Das Saargebiet und Oberschlesien sind deutsches Land und sie sollen bei Deutschland verbleiben.

Abg. Graf Dohna (Dt. Vp.): Westpreußen mit über einer Million deutscher Einwohner den Polen anzuliefern ist eine Zumutung von so ungeheurer Dreistigkeit, daß man geneigt ist, sie nicht ernst zu nehmen. Selbst wenn ein Staatsmann den Mut anbringen würde, eine solche Bedingung zu unterzeichnen, so sind doch die Westpreußen ein Volk, das sich nicht willens fremdem Joch beugt. Mit Waffengewalt werden sie sich der politischen Fremdherrschaft widersetzen. Die jetzigen Friedensbedingungen sind unannehmbar.

Abg. Dr. Duijbe (Demokr.): Wir internationale Sozialisten haben mehr als irgend ein anderer Völkervertrag, mit der größten Schärfe gegen diese Friedensbedingungen anzutreten. Wenn man das Bekenntnis von mir verlangen sollte, daß unsere Regierung an dem Kriegsschuld sei, so müßte ich eine Lüge aussprechen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Wenn unsere Gegner das Gegenteil behaupten, so mögen sie den Beweis dafür erbringen. Wir haben ja die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission gefordert. Aber England hat das abgelehnt. Wir verlangen für uns nur das, was man uns früher ohne weiteres zugestanden hat: Die Gleichberechtigung. Diese Friedensbedingungen würden, wenn sie Wirklichkeit werden sollten, uns in eine neue furchtbare Tragödie hineinführen. Darum heißt es: dreimal nein! (Stürmischer Beifall.)

Präsident Fehrenbach: Das war eine machtvolle geschlossene Kundgebung der Männer der deutschen Volkserkennung gegen den Völkervertrag, den man uns bescheren will. Von dem heutigen Tage an muß auch diesem Saale eine Welle an das Volk getragen werden, die auch dem Auslande klar macht, daß das deutsche Volk nicht so behandelt werden darf. (Beifall.) In dieser schmerzlichen Stunde unseres Landes gedenken wir dankbar alles Schönen und Großen, des Guten und Idealen, was unsere Großeltern und Eltern uns überlassen haben und wir bitten unsere Kinder und Enkel, uns nicht anzuerkennen, daß wir sie der Not und dem Elend überliefern müssen. Wir wissen, daß auch wir in der Zeit unseres Glücks angefaßt waren. Die Schuld für die Ursachen des Krieges lastet auf den Schultern unserer Feinde. Wir hatten auf das Völkerverbündnis gehofft. Dieser Vertrag ist keine Einleitung dazu. Er ist die Verewigung des Krieges, und hier wende ich mich an unsere Feinde und sage:

Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären und diese Kinder werden die Elaventeten zerbrechen und die Schmach abwischen, die unserem deutschen Land angehängt werden soll.

Für uns gilt wie in glücklichen Zeiten so auch heute das Wort, das niemals der Ausbruch selbstwürdiger Ueberbühnung, sondern nur der tiefen Liebe zu unserer Heimat war: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt! (Beifall und Handklatschen. Rufen bei den Unabh. Soz.)

Präsident Fehrenbach wird ermächtigt, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung selbständig festzusetzen. Schluß nach 8 Uhr.

Am Berlin, 13. Mai. Mit der gestrigen Kundgebung ist die erste Tagung der Nationalversammlung in Berlin beendet. Das Gaus hat dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt, Tag und Ort der nächsten Tagung zu bestimmen. Die Abgeordneten werden zum Teil schon heute Berlin verlassen und sich in ihre Wahlkreise begeben, um dort in öffentlichen Versammlungen Fühlung mit ihren Wählern zu nehmen und sie über die Tragweite der förmlichen Friedensbedingungen aufzuklären. Die Mitglieder des Friedenssaals dürften aber bald wieder nach Berlin zurückkehren, da der Ausbruch wahrscheinlich Anfang nächster Woche zumantreten wird. Die Nationalversammlung selbst dürfte noch eine oder zwei Sitzungen in Berlin abhalten und dann wieder nach Weimar zur Einsetzung des Verfassungswerkes, zur Beratung des Staats, sozialpolitischer Vorlagen und der Steuergeetze überziehen.

Zu der einmütigen Kundgebung der Nationalversammlung gegen den Völkervertrag sagt die „Voss. Ztg.“: Wer Gelegenheit hatte, die Stimmung nicht nur im Saal, sondern auch in den Werdelängen kennen zu lernen, der gewann den bestimmten Eindruck, daß alle Erwägungen, die zur Zurückhaltung nahmen, überdient werden durch den geradezu leidenschaftlichen Zugriffs auf die Rechte, der durch Verleugnung der Grundlagen des Völkervertrages wurde, und durch das Gefühl der Verantwortung gegenüber den Idealen der neuen Zeit, die für immer zu verfallen drohen, wenn dieser furchtbare Krieg durch den furchtbarsten Frieden abgeschlossen wird. Die Reden, die gehalten wurden, werden drängen im Lande weiter und dem deutschen Volke die ganze Größe und Gefahr zeigen, die nicht nur ihm selbst, sondern ganz Europa für unabsehbare